

Die schleichende Deindustrialisierung der Schweiz spiegelt sich auch im Geschäft der Kistenmacher **SEITE 26**

Streaming-Dienste zwingen Komponisten und Interpreten zur Suche nach neuen Geschäftsmodellen **SEITE 27**

# Die hölzerne Lady

Die künftige britische Premierministerin Theresa May ist für mehr Eingriffe in die Wirtschaft



Wo Theresa May bisher als Innenministerin lediglich zu Gast war, wird sie nun als Hausherrin walten. CHRIS RATCLIFFE / BLOOMBERG

Theresa May wird in den britischen Regierungssitz einziehen. Obwohl sie schon jahrelang in der Politik ist, fragen sich viele, wo sie wirtschaftspolitisch steht.

GERALD HOSP, LONDON

Auf einmal ist alles schnell gegangen. In Grossbritannien hatte man sich schon darauf eingestellt, dass die Suche innerhalb der konservativen Regierungspartei nach einem neuen Premierminister bis Anfang September dauern werde. Nach dem Rückzieher von Andrea Leadsom am Montag war der Weg für die bisherige langjährige Innenministe-

rin Theresa May frei, die das Amt der Premierministerin am Mittwoch antreten wird. Die «Krönung» Mays ohne parteiinterne Stichwahl hat für viele den Vorteil, dass das Machtvakuum in der britischen Politik nach der Brexit-Entscheidung schnell gefüllt wird. Damit hat die Insel rascher als erwartet eine handlungsfähige Regierung, die das Land aufgrund der Unsicherheit benötigt, die der bevorstehende EU-Austritt mit sich bringt. Der Wechselkurs des Pfunds gegenüber dem Dollar ist angestiegen.

## Harte Brexit-Verhandlungen

Die 59-jährige May gilt als harte, aber pragmatische Verhandlerin. Damit ist in Kreisen der EU-Befürworter die Hoffnung verbunden, dass es einen «wei-

chen» Brexit geben könne. May ist zwar euroskeptisch eingestellt. Sie hatte sich aber auf die Seite von Premierminister David Cameron gestellt, der für ein Bleiben geworben hatte. Im Abstimmungskampf fiel sie jedoch wenig auf, was ihr jetzt zugutekommt.

Mit May könnte aber die Unsicherheit über die zukünftige Beziehung Grossbritanniens mit der EU länger dauern, als wenn ihre Konkurrentin Leadsom an die Macht gekommen wäre. Die EU-Gegnerin wollte unmittelbar den Artikel 50 des Lissabonner Vertrages anrufen und damit das britische Austrittsbegehren stellen. May will sich nach vorläufigen Aussagen dafür aus verhandlungstaktischen Gründen bis zum nächsten Jahr Zeit lassen. Die künftige Regierungschefin sagte an einer Rede in

Birmingham aber unmissverständlich: «Brexit heisst Brexit, und wir werden einen Erfolg daraus machen.»

Wie sie den Interessenkonflikt zwischen einem freien Zugang zum Binnenmarkt, den sich weite Teile der Wirtschaft wünschen, und der Begrenzung der Immigration aus den EU-Staaten lösen wird, ist noch unklar. Die EU pocht auf einen offenen Arbeitsmarkt, wenn die Briten vom Binnenmarkt profitieren wollen. May, die als Innenministerin die Migrationsbestimmungen für Nicht-EU-Bürger verschärfte, sieht aber die Einschränkung der offenen Grenzen als Auftrag aus der Brexit-Abstimmung. Sie will auch die Zukunft der EU-Bürger, die bereits in Grossbritannien sind, als Verhandlungsmasse nutzen, was ihr sogar Kritik vonseiten der Brexit-Befürworter eingebracht hat.

## Neuer Konservatismus

Obwohl die künftige Regierungschefin bereits jahrelang in der Politik ist, stellen sich in Grossbritannien viele die Frage, wofür sie denn eigentlich stehe. Unvermeidlich wurde sie wegen ihrer häufig unerbittlichen Art mit der früheren Premierministerin Margaret Thatcher, der «eisernen Lady», verglichen. Auch als Merkel aus Maidenhead, ihrem Wahlkreis, wurde die Pfarrerstochter titulierte. Die Beispiele sind unergiebig; als ob Frauen nur mit Frauen verglichen werden können.

Die spröde wirkende Britin hat aber einen Einblick in ihre politische Philosophie in der Rede in Birmingham gegeben, die sie noch vor dem Rücktritt von Leadsom gehalten hatte. Darin sagte sie, dass der Wohlstand in der Gesellschaft allen zugutekommen solle. Beim Referendum habe die Bevölkerung nicht nur für den Austritt aus der EU, sondern auch für Wandel gestimmt. Für mehr Wohlstand benötige es eine Steigerung der Produktivität, sagte May richtigerweise. Dabei kritisierte sie unverhohlen den konservativen Schatzkanzler George Osborne, den Vater der Sparpolitik. Die künftige Regierungschefin möchte mehr als bisher in die Wirtschaft eingreifen. Sie sprach von der Notwendigkeit einer ordentlichen In-

dustriepolitik. Noch-Wirtschaftsminister Sajid Javid lehnte eine solche ab. Zudem sollen vom Finanzministerium gestützte Anleihen für Infrastrukturprojekte herausgegeben werden.

May formulierte zudem einige konkrete Massnahmen, die bei den Wirtschaftsverbänden auf wenig Zustimmung stiessen: Aus nationalen Gründen sollen Übernahmen von britischen Firmen in strategischen Bereichen wie der Pharmabranche verhindert werden können. In den Verwaltungsräten von Konzernen sollen auch Arbeitnehmervertreter Einzug halten, um die engen Kreise, aus denen die Manager kommen, aufzubrechen. May schwebt offenbar ein

## Zaubern muss die Politik

Kommentar auf Seite 11

deutsches Mitbestimmungsmodell vor, das jedoch auch keinen Schutz vor Missmanagement und Skandalen bietet. Zudem will May gegen überrissene Managerbezüge vorgehen. Die Aktionäre sollen an den Generalversammlungen rechtlich bindend – und nicht unverbindlich wie bisher – ihr Veto gegen Managergehälter einlegen können.

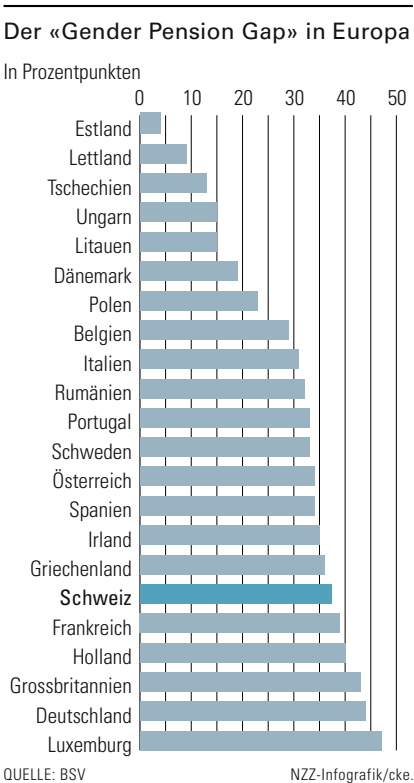
Ihr Aufruf zu einem verantwortungsvollen Kapitalismus klang in weiten Teilen wie das Wahlkampfprogramm des früheren Labourführers Ed Miliband. Sie will dadurch die konservativen Tories attraktiver für Labourwähler machen, die zusehen müssen, wie ihre Partei im Chaos versinkt. May versucht auch, Gräben in der Gesellschaft und bei den Tories, die durch das EU-Referendum aufgerissen wurden, zuzuschütten. Die Verlierer der Globalisierung sollen mehr am Wohlstand teilhaben. Es sei eine neue Art von Konservatismus, meinte May in der Rede etwas vollmundig. Dieser steht nicht in der Tradition von Thatcher, sondern vielmehr in derjenigen des sogenannten One-Nation-Konservatismus, der auf die Nöte ärmerer Bevölkerungsschichten eingeht. Bereits Cameron hat sich aber als «mitführender» Konservativer verstanden.

# Frauen mit deutlich tieferen Renten

Grosses Gefälle zwischen den Geschlechtern in der beruflichen Vorsorge

feb. · Die Renten von Frauen in der Schweiz fallen im Durchschnitt um 37% niedriger aus als diejenigen der Männer. In der Summe entspricht dies rund 20 000 Fr. pro Jahr. Dies zeigt eine Studie des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) und des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG). Im europäischen Vergleich liegt die Schweiz bei den geschlechtsspezifischen Unterschieden bei den Altersrenten («gender pension gap», GPG) damit knapp unter dem EU-Durchschnitt von 40%. In vielen Ländern Europas ist die Lücke aber kleiner (vgl. Grafik). Die Studie befasst sich mit der Generation von Rentnern, die in den Jahren 2002 bis 2012 pensioniert wurden. Diese Personen traten in den späten 1950er bis Anfang der 1970er Jahre ins Erwerbsleben ein.

Für den Grossteil der Lücke zwischen den Renten der Frauen und denjenigen der Männer ist in der Schweiz die berufliche Vorsorge verantwortlich. Hier beträgt das Gefälle 63%. Als Grund hierfür sehen BSV und EBG die Rollenteilung von Ehepaaren und Fami-



lien. Diese Generationen hätten hauptsächlich nach der traditionellen Aufgabenteilung der Geschlechter gelebt. Männer waren hier als Ernährer voll berufstätig, während die Frauen sich zu Hause um den Haushalt und die Familie kümmerten. Zudem standen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder nur sehr begrenzt zur Verfügung. So fielen vor allem die Leistungen in der beruflichen Vorsorge für Frauen entsprechend kleiner aus. Auch heute ist dies ein Thema: Gemäss Zahlen des Statistischen Bundesamts arbeiteten hierzulande im vierten Quartal des vergangenen Jahres von den 2,17 Mio. erwerbstätigen Frauen 57% Teilzeit, von den 2,47 Mio. beschäftigten Männern hingegen nur 17%.

In den europäischen Ländern fallen die Geschlechterungleichheiten bei der Rente sehr unterschiedlich aus. In den baltischen Staaten sind die Rentenunterschiede relativ gering, wie die Grafik zeigt. Dies gilt auch für Dänemark, das als einziges westeuropäisches Land einen GPG von weniger als 20% hat. Auf besonders hohe Unterschiede kommt unter anderem Deutschland.

# Österreich entlastet den Bankensektor

Reduzierte Bankensteuer gegen hohe Abschlagszahlung

bam. Wien · Im Ringen um die Senkung der im EU-Vergleich sehr hohen Bankenabgabe hat sich Österreichs Regierung am Dienstag geeinigt. Im kommenden Jahr müssen die Finanzinstitute insgesamt noch rund 100 Mio. € an den Staat überweisen, während die Zahlung im vergangenen Jahr 640 Mio. € betrug – zusätzlich zu den fast 400 Mio. € EU-Abgaben für die Einlagensicherung sowie eine allfällige Bankenabwicklung. Die Finanzinstitute müssen dafür allerdings eine einmalige Abschlagszahlung von 1 Mrd. € leisten, wovon 750 Mio. € für den Ausbau von ganztägigen Schulformen und Betreuungsangeboten verwendet werden sollen. Dies machte den Kompromiss auch für die SPÖ hinnehmbar, während die konservative ÖVP und ihr Finanzminister Schelling schon länger auf eine Senkung gedrängt hatten. Auch die restlichen 250 Mio. € sollen Bildung und Forschung zukommen.

Auch künftig wird die Abgabe auf Basis der Bilanzsumme berechnet, Ge-

winne und Verluste sollen aber stärker berücksichtigt werden. Damit steige Österreich auf das deutsche Modell um, wie Schelling am Dienstag sagte. Damit würden die Banken wieder wettbewerbsfähig. Der Finanzsektor hatte die hohe Belastung seit der Einführung 2011 kritisiert, hatte sie doch die Profitabilität in einem schwierigen Umfeld weiter gesenkt. Zuletzt hatte aus diesem Grund die italienische Unicredit im Rahmen ihrer Restrukturierungspläne entschieden, das Osteuropageschäft der Tochter Bank Austria bis Ende 2016 von Wien nach Mailand zu verlagern sowie das Privatkundengeschäft zu verkleinern. Zudem wurde die Bankensteuer in Ungarn auf dieses Jahr halbiert, und sie soll weiter gesenkt werden. Ähnliches plant auch die slowakische Regierung. Vor allem aber reagiert Wien auf das veränderte Umfeld mit den seit 2015 an die EU-Fonds zu leistenden Zahlungen, die nun von der Bankenabgabe abgezogen werden, wie Schelling sagte.